

S p e r r f r i s t 28. Januar 2016 16.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Manfred Görtemaker

25 Jahre Universität Potsdam

Festvortrag anlässlich des Neujahrsempfangs des Präsidenten

Die Gründung einer Universität ist wie ein nicht eingelöster Scheck auf eine ungewisse Zukunft: Wenn man Pech hat, ist er nicht gedeckt. Aber wenn es gut geht, kann daraus ein Vermögen sprudeln. So oder ähnlich muss wohl auch Hinrich Enderlein gedacht haben, der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur im ersten Kabinett von Manfred Stolpe, als er sich 1990 daran machte, die Wissenschaftslandschaft in Brandenburg neu zu ordnen. Vorsichtshalber gründete er deshalb nicht nur eine Universität, sondern gleich drei: in Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus – und außerdem noch sechs Fachhochschulen und zwei Verwaltungsfachhochschulen. Und all dies in Brandenburg, einem Land mit vielen Wäldern und Sümpfen, aber wenig Menschen und noch weniger Geld. Da war es sicher vernünftig, das Risiko zu verteilen. Aber wie gut es gehen kann, dafür ist Potsdam ein ausgezeichnetes Beispiel.

Die Universität floriert also – 25 Jahre nach ihrer Gründung. Dies hätte aber auch schon viel früher der Fall sein können, bei einigen guten Willen der Beteiligten. Denn als Preußen nach der Niederlage gegen Napoleon und dem Frieden von Tilsit 1807 auf den Status einer europäischen Mittelmacht zurückgefallen war, leitete König Friedrich Wilhelm III. Reformen ein, die den Weg in eine bessere Zukunft weisen sollten – darunter eine Bildungsreform, die auch die Gründung, Wiedergründung oder Zusammenführung mehrerer Universitäten umfasste: in Berlin 1809, in Breslau 1811, in Halle-Wittenberg 1817.

In diese Reihe hätte sich auch Potsdam gut eingefügt. Eine kurze Anordnung von Friedrich Wilhelm III. hätte genügt und die Universität Potsdam wäre nicht 1991, sondern bereits 1817 oder 1818 entstanden – vielleicht mit repräsentativen klassizistischen Vorlesungs- und Institutsbauten nach Entwürfen des höchsten preußischen Baubeamten Karl Friedrich Schinkel. Es hätte uns wohl gefallen. Aber es kam anders: einerseits, weil es in Berlin bereits seit 1809 die Universität gab – eine Universität in Potsdam hätte da wie eine Doppelung gewirkt; andererseits, weil Potsdam nur als Residenz- und Garnisonstadt galt. Hier, so hatte einst Voltaire gespottet, sehe er mehr Bajonette als Bücher.

Doch es gab noch einen weiteren Grund: Weil Preußen auf dem Wiener Kongress 1815 den Großteil seines seit 1807 bestehenden Staatsgebietes zurückerhalten hatte und neben dem Rest Schwedisch-Vorpommerns und dem nördlichen Teil des Königreichs Sachsen auch noch beträchtliche Gebiete im Westen hinzugewonnen hatte, erschien es sinnvoll, die neue Universität im Westen zu errichten.

Dabei fügte es sich aus Berliner Sicht glücklich, dass die alt-ehrwürdige Kölner Universität am Sitz des Erzbischofs von Köln – 1388 als vierte Universität im Heiligen Römischen Reich gegründet, die Gründungsurkunde hatte Papst Urban VI. persönlich in Perugia unterzeichnet – 1798 von Napoleon gerade geschlossen worden war.

So entstand 1818 die letzte preußische Universität nicht in Potsdam, sondern im ehemaligen Kurfürstlichen Residenzschloss am Bonner Hofgarten: die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität – eine preußisch-protestantische Bastion in der Diaspora des katholischen Rheinlands. Die Kölner Universität hingegen wurde erst 1919 auf Drängen eines gewissen Oberbürgermeisters namens Konrad Adenauer wiedereröffnet. Universitätsgründungen sind also nicht nur akademische Veranstaltungen. Sie sind pure Politik.

Potsdam aber ging vorerst leer aus. Übrig blieb nur die 1823 von Peter Joseph Lenné gegründete Königliche Gärtnerlehranstalt im Wildpark. Das Gebäude steht noch heute. Jeder, der den Weg vom Kaiserbahnhof zum Neuen Palais nimmt, kommt daran vorbei.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die tiefe Zäsur, die das Ende des „Dritten Reiches“ bedeutete, genutzt, um weitere akademische Einrichtungen zu schaffen. Die Planungen begannen schon 1946. Bald danach entstanden in Potsdam und Umgebung mehrere neue Hochschulen: die Brandenburgische Landeshochschule am Neuen Palais 1948, die Parteihochschule „Karl Marx“ in Kleinmachnow im selben Jahr, die „Schule des Ministeriums für Staatssicherheit“ und später so genannte „Juristische Hochschule Potsdam“ in Golm 1951, die Zentrale Richterschule im Schlosspark Babelsberg ebenfalls 1951, die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR in Griebnitzsee 1952 und die Deutsche Hochschule für Filmkunst in Babelsberg 1954. Nicht allen Einrichtungen würden wir heute eine wissenschaftliche Qualifikation zuschreiben. Aber der kulturelle, ideologische und politische Neuanlauf unter sozialistischen Vorzeichen nach 1945 ist offensichtlich.

Nach der zweiten „Wende“ 1989/90 wurde dann erneut der Elan des Neubeginns genutzt. Und jetzt wurde verwirklicht, was Friedrich Wilhelm III. 173 Jahre zuvor versäumt hatte: die Gründung einer Universität in Potsdam. Dabei war Potsdam von Anfang an der ideale Ort für eine Universität. In der Festschrift zum 10-jährigen Bestehen habe ich dazu 2001 bemerkt: „Wenn es die Universität Potsdam nicht gäbe, man müsste sie erfinden. Die Potsdamer Kulturlandschaft mit ihrem einzigartigen Ensemble von Schlössern, Gärten, Kirchen, Toren, Plätzen und Bürgerhäusern inmitten ausgedehnter Wälder, Hügel und Seen bildet ein Ambiente, das für eine Einrichtung dieser Art wie geschaffen ist.“ Man möchte hinzufügen: Auch die Nähe zu Berlin mit seinen wissenschaftlichen Einrichtungen, Bibliotheken und Archiven bedeutete einen unschätzbaren Vorzug.

An dieser Feststellung hat sich bis heute nichts geändert. Aber damals war die Zukunft der Universität noch ungewiss. Die schwierige finanzielle Lage des Landes ließ eine angemessene Ausstattung nicht zu. Und die Diskussion über eine

Fusion der Bundesländer Berlin und Brandenburg war noch in vollem Gang. Zwar hatten die Brandenburger in einem Referendum 1996 eine Vereinigung mit Berlin mehrheitlich abgelehnt. Doch der Plan war nicht vom Tisch. Wäre er verwirklicht worden, würde es die Universität Potsdam in ihrer heutigen Form wohl nicht mehr geben. Eine Verschmelzung der Brandenburger Wissenschaftseinrichtungen mit ihren Berliner Partnerinstitutionen hätte vermutlich zur Zusammenlegung der Universität Potsdam mit der Freien Universität im Südwesten Berlins geführt, um, wie man heute gern sagt, „Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergieeffekte zu erzielen“.

Inzwischen spricht davon niemand mehr. 25 Jahre nach ihrer Gründung hat die Universität Potsdam sich in der deutschen und internationalen Wissenschaftslandschaft etabliert und ist daraus nicht mehr wegzudenken. Das ist vor allem ein Ergebnis erfolgreicher Arbeit in Lehre und Forschung und des beharrlichen Engagements von Universitätsleitung und Verwaltung. Im bundesweiten Ranking der Lehre belegt die Universität Potsdam regelmäßig einen Spitzenplatz. In der Forschung hat das Zusammenspiel zwischen Universität und mehr als 40 außeruniversitären Einrichtungen Maßstäbe gesetzt. Schwerpunkte der Forschung sind unter anderem die Erdwissenschaften, die Funktionelle Ökologie und Evolutionsforschung, die Kognitionswissenschaften sowie die Pflanzengenomforschung und Systembiologie. Aber auch mit der School of Jewish Theology und der Beteiligung am Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg macht Potsdam weit über die Grenzen Brandenburgs hinaus von sich reden. Gegenwärtig ist die Planung und Beantragung von vier Sonderforschungsbereichen in der Pipeline. Hier ist also noch viel Positives zu erwarten.

Wir können deshalb heute mit einiger Gelassenheit auch jene Aspekte ansprechen, die bei der Gründung und Entwicklung unserer Universität als problematisch gelten und bis heute nicht so thematisiert wurden, wie es richtig und notwendig gewesen wäre. Manche möchten darüber vielleicht noch immer den Mantel des Schweigens decken. Aber mit einem „Beschweigen“ der Vergangenheit ist niemandem gedient – am wenigsten der Universität selbst. Mangelnde Transparenz und fehlende Aufrichtigkeit fördern vielmehr allgemeines Misstrauen und schüren Vorbehalte selbst dort, wo sie gar nicht berechtigt sind.

Worum geht es? Wir alle wissen: Die Universität Potsdam stellte 1991 keine Neugründung dar, sondern ging aus drei Vorgängereinrichtungen hervor: der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ am Neuen Palais, der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Griebnitzsee und der sogenannten „Juristischen Hochschule Potsdam“ des Ministeriums für Staatssicherheit in Golm. Auch wenn die Stasi-Hochschule in Golm und die Akademie in Griebnitzsee zuvor „abgewickelt“ wurden, übernahm die Universität Potsdam nicht nur ihre Liegenschaften, sondern auch einen erheblichen Teil des Personals. In noch sehr viel höherem Maße gilt dies für die PH „Karl Liebknecht“ am Neuen Palais, die nach der „Wende“ 1989/90 im Gegensatz zu den beiden anderen Institutionen nicht geschlossen wurde, sondern lediglich den Namen „Brandenburgische Landeshochschule“ zurückerhielt, den sie bereits von 1948 bis 1951 getragen hatte. Die Strukturen der Universität Potsdam sind daher vielfältig mit Einrichtungen

der ehemaligen SBZ und DDR verknüpft, die, jede für sich, wenngleich auf unterschiedliche Weise, hochgradig politisch ausgerichtet waren.

Daher stellt sich die Frage, wie sich unter diesen Bedingungen der Aufbau einer neuen Universität vollzog, für die gänzlich andere Maßstäbe galten als für ihre Vorgängereinrichtungen. Was bedeutete es, wenn in großem Umfang Personal aus diesen Einrichtungen übernommen werden musste? Welche Traditionen und Mentalitäten wirkten fort? Wie fügte sich das alte Personal in die neuen Strukturen ein? Und wie gestaltete sich die tägliche Zusammenarbeit zwischen den Menschen aus Ost und West, die sich plötzlich und unerwartet in einer Institution wiederfanden, die sie nun gemeinsam aufbauen sollten?

Die Universität Potsdam wurde lange Zeit dafür kritisiert, dass hier nicht einfach ein System durch ein anderes ersetzt wurde, sondern dass viele Altkader übernommen wurden, wie die *Märkische Allgemeine Zeitung* im November 1993 schrieb: Der „Glaube an einen wahren Neuanfang“ falle schwer, die Universität sei von Altkadern der SED geradezu „besetzt“. In einer Stellungnahme von Mitgliedern des Deutschen Hochschulverbandes in Zusammenarbeit mit der Sektion Berlin-Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft hieß es, wenn man diese Politik fortführe, werde die Universität Potsdam auf Jahre hinaus zu einer „Einrichtung mit mittelmäßigen Qualitäten, geringer Attraktivität und einem bescheidenen Ruf“ degradiert. Und auf einem Forum, das Kritiker der Entwicklung im Mai 1994 unter dem Titel „Quo vadis, Universität Potsdam?“ an der Fachhochschule Potsdam veranstalteten, bescheinigte der DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Templin dem Land Brandenburg, „negativer Spitzenreiter“ der Vergangenheitsaufarbeitung in den neuen Bundesländern zu sein.

In Brandenburg, hieß es damals, werde bei der Bewältigung der DDR-Vergangenheit ein „Sonderweg“ beschritten. Unter Ministerpräsident Manfred Stolpe erfolge ein Austausch der alten Eliten nur zögerlich oder gar nicht, um die sozialen Auswirkungen des politischen und gesellschaftlichen Wandels zu mildern. Von einem Bruch mit der Vergangenheit könne deshalb in Brandenburg nicht die Rede sein. Brandenburg sei, mit anderen Worten, eine „kleine DDR“ geblieben, eine „sozialistische Wärmestube“, ja ein „rotes Meer um Berlin“, und die Universität Potsdam folgerichtig eine „Rote Socken“-Universität.

Was ist daran richtig? Was bedarf der Korrektur?

Fassen wir zunächst einige Tatsachen zusammen. Die wichtigste Vorgängereinrichtung der Universität Potsdam war die Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“, die 1991 als Brandenburgische Landeshochschule in die Universität überführt wurde. Die PH „Karl Liebknecht“ war am 20. Oktober 1948, wie es aus Anlass ihres 65. Geburtstages 2013 in der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* hieß, „aus der Gesinnung heraus gegründet worden, dem Sozialismus dienstbare Pädagogen auszubilden“. Mit mehr als 26 000 ausgebildeten Lehrern war sie die größte Lehrerbildungsstätte der DDR. Die Universität Potsdam erbte von ihr nicht nur das schöne Ambiente am Neuen Palais, sondern auch einen großen Teil des wissenschaftlichen Personals und nahezu die gesamte Verwaltung.

Die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Griebnitzsee ging 1953 aus der 1948 im brandenburgischen Forst Zinna entstandenen Deutschen Verwaltungsakademie und der 1951 im Schlosspark Babelsberg errichteten Zentralen Richterschule hervor, an der „Volksrichter“ der DDR ausgebildet wurden. Bei der Deutschen Akademie, die sich seit 1973 Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR nannte, handelte es sich praktisch um eine konkurrierende Institution zu den Rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten. Da sie aber unter direkter politischer Kontrolle stand, galt sie mit ihrem politisierten Lehrbetrieb schon bald als „Parteihochschule“ der SED. Von ihrer Gründung 1953 bis zum Ende der DDR durchliefen immerhin 35 000 Absolventen die Akademie, deren Unterricht von einer früheren Mitarbeiterin als „pure Gehirnwäsche“ bezeichnet wurde – aber auch als „Privileg“. 1963 wurde die Akademie unmittelbar dem Ministerrat, also der Regierung der DDR, unterstellt. Treue zum Regime, ideologische Zuverlässigkeit und die Bereitschaft, sich mit der ganzen Persönlichkeit für den SED-Staat einzusetzen, waren oberste Maximen der Ausbildung. 1990 wurde die Akademie schließlich in „Hochschule für Recht und Verwaltung“ umbenannt und im Januar 1991 „abgewickelt“, wobei Restbestände der Sektion Rechtswissenschaft in die Juristische Fakultät der Brandenburgischen Landeshochschule überführt wurden.

Die dritte Vorgängereinrichtung schließlich, die formal nicht als solche bezeichnet werden kann, faktisch jedoch in einer Reihe mit den beiden anderen Einrichtungen genannt werden muss, war die Juristische Hochschule Potsdam des Ministeriums für Staatssicherheit – also die ehemalige „Stasi-Hochschule“. Sie hatte den Überwachungs- und Unterdrückungsapparat des SED-Regimes nahezu vierzig Jahre lang mit leitenden Kadern versorgt und erschien daher nach 1989/90 in besonderem Maße als Belastung für die Wissenschaftslandschaft Potsdams. Zwar wurde ihr wissenschaftliches Personal vollständig „abgewickelt“. Aber die Brandenburgische Landeshochschule und später die Universität Potsdam übernahmen nicht nur die Gebäude in Golm, sondern auch etwa fünfzig Mitarbeiter aus dem administrativen und technischen Bereich.

Als 1991 die Universität Potsdam als Rechtsnachfolgerin der Brandenburgischen Landeshochschule gegründet wurde, sah sie sich also an den drei Standorten Neues Palais, Griebnitzsee und Golm mit einer Vergangenheit konfrontiert, die in vielerlei Hinsicht problematisch war. Insbesondere galt dies für das Personal, das oft belastet war und trotzdem nicht einfach ausgetauscht werden konnte. Denn sowohl die Brandenburgische Landeshochschule als auch die Universität Potsdam waren in ihrer Personalpolitik nicht frei, sondern dem Willen des Gesetzgebers unterworfen und an die Weisungen der brandenburgischen Landesregierung gebunden. Die Regierung Stolpe mit Regine Hildebrandt als Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen dachte dabei offenbar nicht nur an die sozialen Aspekte der Weiterbeschäftigung ostdeutschen Personals, sondern vertraute auch auf den Erneuerungswillen der Menschen nach der Wende von 1989/90. Die effiziente Erfüllung der Aufgaben einer forschungsstarken wissenschaftlichen Einrichtung war demgegenüber kein wirkliches Thema. Deshalb wurden zwar ideologisch belastete Personen und Disziplinen „abgewickelt“. Aber ein Großteil der

Mitarbeiter erhielt die Chance zur Neu- und Mitgestaltung. Personelle Erneuerung wurde folglich in Brandenburg nicht in erster Linie als Personenaustausch, sondern als Lern- und Reformprozess von innen verstanden.

So bestand 1990 eine wesentliche Vorgabe darin, nicht nur die PH „Karl Liebknecht“ in die Brandenburgische Landeshochschule zu überführen, sondern auch in erheblichem Umfang Personal der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR und sogar der Juristischen Hochschule Potsdam des Ministeriums für Staatssicherheit zu übernehmen. Das gleiche Verfahren wiederholte sich 1991, als die wissenschaftlichen Einrichtungen und das Personal der Landeshochschule in die Universität Potsdam übergeleitet wurden. Eine große Zahl von Angehörigen des wissenschaftlichen, administrativen und technischen Personals der Vorgängereinrichtungen fand auf diese Weise den Weg in die Personalstruktur der Universität Potsdam.

Wenige Zahlen mögen genügen, um die Dimension dieser Entwicklung zu beschreiben. Zunächst zum Personal der Juristischen Hochschule des MfS. Nach Angaben ihres letzten Rektors, Generalmajor Willi Opitz, waren dort am Ende noch 758 Mitarbeiter, hauptsächlich Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere sowie Unteroffiziere auf Zeit, tätig. Ob diese Angaben zutreffen, ist im Übrigen unerheblich, da Personalübernahmen durch die Brandenburgische Landeshochschule bzw. die Universität Potsdam im wissenschaftlichen Bereich ohnehin nicht stattfanden. Das nichtwissenschaftliche Personal der Juristischen Hochschule in Golm hingegen wurde der Brandenburgischen Landeshochschule vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur zur Übernahme empfohlen. 179 Personen – vornehmlich zur technischen Sicherung und Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft der Gebäude und Anlagen – wurden daraufhin mit Wirkung vom 1. März 1991 eingestellt. Zur Jahresmitte 1994 waren davon allerdings nur noch 49 an der Universität Potsdam beschäftigt.

Etwas anders sah es bei der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Griebnitzsee aus, die sich inzwischen „Hochschule für Recht und Verwaltung“ nannte. Von den 539 Personen, die vor der Abwicklung am 31. Dezember 1990 hier beschäftigt waren, wurden 193 in die Juristische Fakultät der Brandenburgischen Landeshochschule übernommen. Davon waren Mitte der 1990er Jahre noch 117 an der Universität Potsdam beschäftigt, darunter allerdings nur noch neun Professoren und Dozenten und ein wissenschaftlicher Mitarbeiter. Die übrigen Personen gehörten zum Bereich des nichtwissenschaftlichen Personals.

Sehr viel größer war der Personalbestand bei der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ bzw. Brandenburgischen Landeshochschule mit 1 512 Mitarbeitern im Oktober 1990. Bis zur Gründung der Universität im Juli 1991 wurde diese Zahl auf 1 111 Personen reduziert. Drei Jahre später, im August 1994, lag die Zahl der Beschäftigten aus der Zeit der BLH nur noch bei 880. Unter ihnen waren aber nicht weniger als 61 Professoren und Dozenten und 420 wissenschaftliche Mitarbeiter. Gegenüber dem Stand vom Oktober 1990 bedeutete dies zwar nahezu eine Halbierung des Personals. Aber eine gewaltige Zahl von Mitarbeitern aus dem wissenschaftlichen Bereich hatte den Weg in die Universität gefunden.

Man kann sich vorstellen, mit welchen Ängsten und persönlichen Problemen und Belastungen der Personalabbau einhergegangen war. Wenn man jedoch die genteilige Rechnung aufmacht und nicht den Abbau, sondern die Übernahmen betrachtet, ergibt sich ein völlig anderes Bild: Insgesamt 79,2 Prozent des Personals der Brandenburgischen Landeshochschule, das zum weit überwiegenden Teil aus der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ stammte, wurden in die Universität Potsdam überführt. Bei den Professoren und Dozenten betrug der Anteil 57,5 Prozent, bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern 76,6 Prozent und beim nichtwissenschaftlichen Personal sogar 87,3 Prozent. Mit anderen Worten: Das Personal der Universität Potsdam setzte sich in der Gründungsphase bei den Professoren zur Hälfte, bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern zu fast vier Fünfteln und beim nichtwissenschaftlichen Personal nahezu vollständig aus Mitarbeitern der ehemaligen Pädagogischen Hochschule zusammen.

Positiv daran ist, dass damit der Studienbetrieb aufrechterhalten werden konnte, obwohl sich die Zahl der Studierenden innerhalb weniger Jahre mehr als verdreifachte: von 2 600 im Wintersemester 1990/91 auf fast 9 000 im Wintersemester 1995/96. Ohne das Personal der ehemaligen PH wäre diese „Studentenschwemme“ nicht zu bewältigen gewesen, wobei die Mitarbeiter in der Regel eine große Bereitschaft erkennen ließen, sich in die neuen Strukturen einzufügen.

Gravierender als die bloße Tatsache der Personalübernahmen waren jedoch zwei Probleme, die sich daraus ergaben.

Erstens: Was bedeutete es für die wissenschaftliche Qualität, dass die neue Universität – gezwungenermaßen oder freiwillig – in derart großem Umfang Personal aus einer Pädagogischen Hochschule übernahm? Oder, anders gefragt, wenn die Umwandlung einer auf praxisnahe Lehrerbildung ausgerichteten Pädagogischen Hochschule in eine Universität überall auf der Welt Schwierigkeiten bereitete, warum hätte dies ausgerechnet in Potsdam anders sein sollen?

Zweitens: Die Lehrerbildung an der PH „Karl Liebknecht“ und natürlich auch die Kaderschulung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft sowie die Ausbildung von Geheimdienstlern an der Stasi-Hochschule waren unauflöslich mit der Politik und Ideologie des SED-Staates verflochten gewesen. Was bedeutete diese jahrzehntelange politisch-ideologische Prägung der Mitarbeiter für den Geist der neuen Universität? Inwieweit wurde diese selbst dadurch geprägt?

Vor diesem Hintergrund kam den Evaluierungen, die bereits seit dem Frühjahr 1991 durchgeführt wurden, um das wissenschaftliche Personal, das in die Universität übernommen werden sollte, zu überprüfen, eine große Bedeutung zu. Das Ergebnis lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Einigermassen erfolgreich wurde das Instrument der Evaluierung nur beim Aufbau der Juristischen Fakultät angewandt, wo eine Unabhängige Gutachterkommission unter der Leitung von Professor Rolf Grawert aus Bochum eingesetzt wurde, der zugleich als Gründungsdekan des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Brandenburgischen Landeshochschule fungierte. Nach dem Ergebnis der Kommission, die vor allem

die fachliche Qualifikation prüfte, konnte von den Professoren, Dozenten und Assistenten jeweils etwa ein Viertel übernommen werden, für die anderen wurden Abberufungsempfehlungen ausgesprochen.

Die Evaluierungen an der PH „Karl Liebknecht“ bzw. der Brandenburgischen Landeshochschule waren hingegen gleich in mehrfacher Hinsicht ein Fehlschlag. So ging es zwar bei der Überprüfung der 123 Professoren und Dozenten, von denen allerdings nur 16 negativ evaluiert wurden, einigermaßen mit rechten Dingen zu. Aber das übrige Personal wurde lediglich auf der Grundlage von Fragebögen überprüft, die von den Betroffenen selbst ausgefüllt werden konnten. Das heißt: Man hätte sich die Überprüfungen auch sparen können.

Doch es kam noch schlimmer. Denn obwohl das Verfahren der Überprüfung reichlich fragwürdig gewesen war, sollten immerhin elf Dringlichkeitsanfragen bei der Gauck-Behörde gestellt und 23 Kündigungsverfahren eingeleitet werden. Doch das MWFK als personalführende Stelle zeigte sich nicht nur bei den Dringlichkeitsanfragen an die Gauck-Behörde, sondern ebenso in der Frage der Kündigungen auffallend uninteressiert. Dabei waren unter den Personen, die zur Kündigung vorgeschlagen wurden, ein Offizier der Nationalen Volksarmee der DDR, vier Parteikader, vier hauptamtlich bei der Bezirksverwaltung des MfS tätige Mitarbeiter, vier Inoffizielle Mitarbeiter des MfS sowie neun ehemalige Mitarbeiter der Juristischen Hochschule des MfS in Golm. Vermeintlich klare Fälle also. Aber es passierte nichts.

Allerdings machte auch die Brandenburgische Landeshochschule keine gute Figur. Allein die Tatsache, dass die Personalkommission der Hochschule die Überprüfungen nur auf der Grundlage von Fragebögen vorgenommen worden war, bedeutete, dass das Debakel vorprogrammiert war – egal, ob aus Absicht oder Unerfahrenheit. Dennoch zog man daraus keine Lehren, sondern machte die gleichen Fehler, die man 1991 begangen hatte, 1992 noch einmal, als es darum ging, die fachliche Eignung der wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Universität festzustellen. Erneut erfolgte die Evaluierung wiederum formal, nur auf der Grundlage von Fragebögen, die von den Mitarbeitern selbst auszufüllen waren. Ein wichtiges Instrument des Einigungsvertrages zur Überprüfung von Mitarbeitern hinsichtlich ihrer fachlichen Eignung für ihre weitere Verwendung in der Universität wurde damit gleich mehrfach vertan.

Warum dies geschah, ist bis heute unklar. Eine mögliche Erklärung könnte der hohe Zeitdruck sein, unter dem damals gehandelt werden musste. Eine andere könnte darin liegen, dass man sich über die langfristigen Folgen für die Universität nicht im Klaren war. Im Ergebnis der „fachlichen Eignungsfeststellung“ wurde jedenfalls, was niemanden verwundern konnte, allein von rund 500 wissenschaftlichen Mitarbeitern im sogenannten akademischen „Mittelbau“ lediglich einer wegen des Fehlens eines wissenschaftlichen Hochschulabschlusses als „nicht geeignet“ für die weitere Arbeit an der Universität eingestuft. Alle anderen Mitarbeiter galten nach ihrer Selbstauskunft als „geeignet“ für eine Universitätslaufbahn – und dies, obwohl in dem Verfahren die wissenschaftliche Qualifikation nach gängigen fachwissenschaftlichen Kriterien gar nicht geprüft worden war.

Am 20. Oktober 1992 bot dann die Einfügung des Paragraphen 106 a in das Brandenburgische Hochschulgesetz allen hauptberuflich tätigen Angehörigen des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals die Chance, in ein Rechtsverhältnis neuer Art zu übernommen zu werden. Dies bedeutete: Wissenschaftliches Personal der Vorgängereinrichtungen der Universität Potsdam konnte „auf Antrag“ einen Platz in der neuen Universität erhalten – nicht durch ein ordentliches Berufungsverfahren, sondern schlicht durch „Überleitung“ auf eine in der Universitätsstruktur vorgesehene Stelle. Allein 43 Professoren stellten einen derartigen Antrag. In den meisten Fällen wurde in einem verkürzten Verfahren eine positive Entscheidung zugunsten der Antragsteller getroffen. Und beim Überleitungsverfahren für die wissenschaftlichen Mitarbeiter wurden von den 499 Mitarbeitern, die in das Verfahren einbezogen waren, 401 Mitarbeiter sofort übernommen. Aber auch die anderen 98 Mitarbeiter schieden nicht aus. Die eingeleiteten Bedarfskündigungsverfahren wurden – angeblich wegen Fristüberschreitung – vom MWFK nicht durchgeführt. Auch dies im Grunde ein Skandal, der nicht wirklich thematisiert wurde.

Indes, damit hatte die Universität ein wirkliches Problem. Bei den Professoren war die Zahl noch überschaubar, und die Altersstruktur bot die Gewähr, dass nach der Emeritierung der alten Stelleninhaber Neuberufungen in absehbarer Zeit erfolgen konnten. Bei den überwiegend jüngeren wissenschaftlichen Mitarbeitern hingegen ging es um fast 500 Personen, die die Universität auf Jahrzehnte hinaus prägen würden. Neueinstellungen waren für lange Zeit nicht zu erwarten. Der „Mittelbau“ der Universität würde für die Dauer einer ganzen Generation förmlich erstarren.

Schlimmer noch: Die Angehörigen des akademischen Mittelbaus wurden nicht nur übernommen, sondern sie saßen auch auf unbefristeten Verträgen aus DDR-Zeiten, bei denen nach der „Wende“ nur der Briefkopf wechselte. Die Universität Potsdam schloss mit ihnen lediglich Änderungsverträge, mit denen die Mitarbeiter in Vergütungsgruppen des Bundesangestelltentarifs Ost (BAT-Ost) eingruppiert wurden; eine Abänderung der Verträge erfolgte nicht.

Damit verlor der Mittelbau der Universität, wie nach Inkrafttreten des § 106 a BBHG von Anfang an zu befürchten gewesen war, für lange Zeit jegliche Flexibilität. Der Betrieb lief, aber Neuanstellungen nach dem Auslaufen befristeter Verträge gab es kaum, weil es kaum Verträge gab, die ausliefen. Ob sich daraus auch ein Qualitätsproblem der Universität als Ganzes ableiten lässt, ist schwer zu sagen. Viele Mitarbeiter waren zweifellos hochqualifiziert und hatten großen Anteil am Erfolg der neuen Universität. Aber der vom Gründungssenat und der Landesregierung zu verantwortende Verzicht auf eine Eignungsprüfung, die diesen Namen verdiente, ließ eine differenzierte Auswahl der Mitarbeiter nach fachlichen Qualitätsmerkmalen nicht zu, so dass schließlich der gesamte Mittelbau – mit einem übermäßig hohen Anteil an Lehrern im Hochschuldienst – in den Ruf geriet, den Ansprüchen einer Universität möglicherweise nicht zu genügen.

Ein zweiter großer Bereich, der die Personalstruktur der Universität Potsdam nach ihrer Gründung 1991 maßgeblich tangierte, waren die sogenannten „Stasi-Überprüfungen“. Sie waren nach der deutschen Wiedervereinigung grundsätzlich vorgeschrieben, besaßen in Potsdam aufgrund der spezifischen Vorgängereinrichtungen der Universität aber eine besondere Brisanz.

Auch hier verliefen die Überprüfungen anfänglich mit großen Verzögerungen – sofern sie überhaupt erfolgen. Eigentlich geschah auch hier, abgesehen von wenigen Dringlichkeitsanfragen bei der Gauck-Behörde, lange nichts. Listen, die von der Universität an das MWFK gegeben wurden, kamen dort angeblich nicht an, obwohl sie persönlich überbracht worden waren; Schreiben der Universität blieben unbeantwortet. Umgekehrt warf das MWFK der Universität vor, bei der Erstellung der Unterlagen geschlampt zu haben und beispielsweise bei der Verwendung der Personenkennzahl (PKZ) eine Bereitschaftserklärung der Mitarbeiter der Universität zur Überprüfung nicht mitgeliefert zu haben. Auch bei der Auswahl der zur Überprüfung vorgesehenen Personengruppen gab es unterschiedliche Auffassungen und Missverständnisse. Zudem wies das MWFK darauf hin, die Überprüfungen durch die Gauck-Behörden dauerten länger als erwartet.

So wartete in der Universität und im MWFK mehr oder weniger geduldig ab und spielte sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu – jahrelang. Erst 1994, als der öffentliche Druck auf die Universität immer mehr zunahm, beschlossen das Rektorat und der Senat, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, „um einen vollständigen Überblick über den Stand der Überprüfungen“ zu erhalten, wie es im beschluss wörtlich hieß. Bei den daraufhin geführten Gesprächen mit dem Personaldezernat der Universität, dem MWFK und der Gauck-Behörde wurde rasch erkennbar, dass für einige Personengruppen noch gar keine Anträge zur Überprüfung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR vorlagen. Da sich die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen dem Personaldezernat der Universität und dem MWFK nicht aufklären ließen, wurden jetzt aber für alle Beschäftigten der Universität neue Anträge vorbereitet, um den gesamten Prozess von vorne zu beginnen. Die Anträge – fünf Ordner mit Gesamtlisten und Einzelblättern für 1 186 zu überprüfende Personen – wurden dem MWFK am 4. August 1994 überbracht und noch am selben Tag der Gauck-Behörde übergeben. Die Professoren sollten spätestens bis zum Frühjahr 1995 vollständig überprüft sein, die wissenschaftlichen Mitarbeiter bis Jahresende 1995 und das nichtwissenschaftliche Personal bis Ende 1996. Tatsächlich wurden die Vereinbarungen jetzt weitgehend eingehalten. Wenn es Erkenntnisse gab, wurden diese in Anhörungen der Betroffenen vor einer Personalkommission erörtert, die danach einen Beschluss fällte, der im Einvernehmen mit dem MWFK über den Verbleib in der Universität oder die Kündigung des Betroffenen entschied.

Zusammenfassend lässt sich also folgendes feststellen: Die Tatsache, dass die Universität Potsdam keine Neugründung, sondern eher eine „Umgründung“ darstellte, bedeutete eine Hypothek, die nicht leicht abzutragen war. Die Personalübernahmen aus der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ und – wenn auch in geringerem Maße – der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der

DDR und sogar aus der Juristischen Hochschule Potsdam des Ministeriums für Staatssicherheit waren kein leichtes Erbe. Der unverzeihliche Mangel, dass die fachliche Eignung der übernommenen wissenschaftlichen Mitarbeiter 1991 und 1992 nicht geprüft, sondern pauschal festgestellt wurde, führte in Kombination mit den unbefristeten Verträgen nahezu aller Mitarbeiter vor allem im akademischen Mittelbau zu einer langfristigen Blockade, die eine gezielte Nachwuchsförderung für Jahrzehnte unmöglich machte. Dieses Manko wurde auch nicht dadurch wettgemacht, dass die weit überwiegende Zahl der Mitarbeiter sich bemerkenswert rasch in die neuen Strukturen integrierte. Ein Teil der Kritik, die an der Personalentwicklung geübt wurde, ist demnach berechtigt.

Die Stasi-Überprüfungen stellten demgegenüber ein eher geringes Problem dar. Zwar gab es auch hier Versäumnisse und Verzögerungen, die von Kritikern der Universität häufig als Beweis für deren mangelnde Bereitschaft gedeutet wurden, sich ausreichend mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Aber letztlich fanden die Überprüfungen im gesetzlich vorgeschriebenen und notwendigen Umfang statt. Zwar mögen einige Mitarbeiter des MfS durch die Maschen des Überprüfungsnetzes geschlüpft sein. Aber das waren Einzelfälle. In der Breite spielte das Stasi-Problem schon Mitte der 1990er Jahre an der Universität Potsdam keine Rolle mehr. Zunächst vielleicht noch vorhandene „Seilschaften“, die im Hintergrund Entwicklungen zu steuern oder zu beeinflussen suchten, hatten zu diesem Zeitpunkt längst ihre Wirkungsmacht verloren.

Als uneingeschränkt positiv ist hingegen die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern der Universität zu bewerten, die 1991 aus unterschiedlichen Welten in Potsdam zusammenkamen, um hier gemeinsam eine neue Universität aufzubauen. Die anfangs vorhandene gegenseitige Fremdheit wich rasch einem Gefühl der Gemeinsamkeit und Solidarität. Dazu trug sicherlich auch die Notwendigkeit bei, unterschiedliche Lebenserfahrungen, Prägungen und Fähigkeiten im Interesse eines gemeinsamen Ziels zusammenzuführen und nutzbar zu machen. Diejenigen, die an dieser Entwicklung beteiligt waren, egal ob aus Ost oder West, gingen daraus verändert hervor. Gelernt haben also beide Seiten – zum Vorteil des gesamten Projekts. Was nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern vielfach als rüde Etablierung westlicher Strukturen und Standards erschien, verlief in Potsdam als integrativer Prozess: nicht immer einfach, aber letztlich erfolgreich.

Wie wird nun die Zukunft der Universität aussehen? Präsident Günther hat in seinem Beitrag für unseren Band „25 Jahre Universität Potsdam – Rückblicke und Perspektiven“ den Nutzen, den Universitäten für die Gesellschaft und die Kultur, aber auch für die Zukunftsfähigkeit eines Landes, deren Wirtschaft und Wohlstand, besitzen, überzeugend beschrieben.

Mit etwa 20 000 Studierenden und einem breiten Fächerspektrum soll die Universität auch weiterhin ein intellektueller Kristallisationspunkt und ein Ort des geistigen und kulturellen Austausches bleiben. Um die Lehr- und Studienbedingungen zu verbessern, sind räumliche Veränderungen und Erweiterungen vorgesehen: eine Umstrukturierung des Campus am Neuen Palais und weitere Baumaßnahmen in Golm, am Griebnitzsee und in Potsdam-Rehbrücke. Die Universität soll – in

enger Zusammenarbeit mit den außeruniversitären Zentren – weithin sichtbare Spitzenforschung betreiben und mit einer „Internationalisierungsstrategie“ noch stärker als bisher in der internationalen Wissenschaftslandschaft verankert werden, um weiter an Attraktivität zu gewinnen. Angesichts der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen in Brandenburg wird jedoch auch die Option einer Umwandlung in eine Stiftungsuniversität geprüft, um eine bessere finanzielle Ausstattung und einen Zuwachs an Hochschulautonomie zu erreichen.

Ich habe früher wiederholt erklärt, Potsdam müsse einmal ein „deutsches Princeton“ werden – also eine feine Universität außerhalb der großen Stadt, wie Princeton westlich von New York, in der Park- und Gartenlandschaft von New Jersey. Dort gibt es rund 8 000 Studenten – und an dieser Zahl hat sich seit vielen Jahren kaum etwas geändert. Das Wort „Obergrenze“ ist in Princeton kein Schimpfwort, sondern eine Bedingung für exzellente Forschung und Lehre – in dieser Reihenfolge. Gute Lehre ist ohne gute Forschung an einer Universität nicht denkbar. Dieses Humboldt'sche Ideal hat man in Princeton zu Recht verinnerlicht. In Deutschland wird es gelegentlich vergessen.

In Potsdam haben wir jetzt knapp 21 000 Studierende. In dieser Hinsicht immerhin haben wir Princeton also aus dem Feld geschlagen. Bei den Finanzen sieht es etwas anders aus. Das Vermögen der Princeton University beträgt rund 21,3 Milliarden US-Dollar, das Operating Budget liegt im Fiscal Year 2015-16 bei knapp 1,8 Milliarden Dollar. Das ist etwa das Zehnfache des Etats der Universität Potsdam bei etwas mehr als einem Drittel der Studierendenzahl. Hier hat Potsdam also – der Präsident wird sich freuen – noch etwas Luft nach oben.

Ich nenne diese Zahlen auch deshalb, weil Politik und Öffentlichkeit uns so gerne mit den amerikanischen Eliteuniversitäten vergleichen. Aber der Vergleich hinkt. Es ist, als würde ein Porsche 911 Carrera gegen einen alten VW-Käfer antreten. Dennoch müssen wir uns besonders in intellektueller Hinsicht dem internationalen Wettbewerb stellen. Die Universität Potsdam tut dies durch eine Internationalisierungsstrategie, die jedoch nur funktionieren kann, wenn sie durch eine Berufungspolitik untermauert wird, die dem damit verbundenen Anspruch auch gerecht wird.

Und hier zeigt sich, was ich immer betont habe und jetzt noch einmal besonders hervorheben möchte: Eine Universität muss höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Sie ist keine soziale Einrichtung und keine akademisch getarnte Landesversorgungsanstalt. Nach der Gründung der Universität konnte man diesen Eindruck gelegentlich gewinnen. Das war nach der „Wende“ vielleicht auch nicht zu vermeiden. Doch für die Zukunft müssen andere Maßstäbe gelten. Hier müssen wir uns tatsächlich an Princeton messen – von anderen Spitzenuniversitäten nicht zu reden. In den vergangenen Jahren ist Potsdam auf dem Weg dorthin schon ein gutes Stück vorangekommen. Die Weichen sind richtig gestellt. Aber es zeigt sich auch, dass die Errichtung einer Universität nicht im Laufe einer Generation bewältigt werden kann, sondern auf lange Frist angelegt ist. Das Programm, das sich die Universität für die kommenden Jahrzehnte vorgenommen hat, darf also nicht

weniger ambitioniert sein als das, was in den vergangenen 25 Jahren bereits geleistet wurde.

Ich möchte schließen mit einigen Worten aus der Einleitung unserer Festschrift: „Die Gründergeneration der Universität Potsdam tritt jetzt ab oder hat die Universität bereits verlassen. Die Strukturen, die von ihr erst geschaffen werden mussten, gelten inzwischen als selbstverständlich. Die Aufgaben, die auf die neue Generation warten, sind deshalb nicht geringer zu bewerten oder weniger bedeutend – nur anders. Dass es gelingen möge, die Chancen zu nutzen, die sich in der Wissenschaftslandschaft Berlin-Potsdam heute bieten, um die Zukunft in bestem Sinne zu gestalten, ist der Wunsch, der sicherlich alle Mitglieder der Universität eint.“